

Der Deutsche Metallarbeiter

zweimal wöchentlich erscheinend. Abonnementpreis durch die von besagter Veröffentlichung 150 M. Einzelpreis die Spezial-Mitgliederliste für Arbeiter, welche 75 % der Gewerkschaft und Betriebsräte 100 %.

Organ des Christlichen Metallarbeiters
Verbandes Deutschlands.

Abonnement und Werbung unter: Fuisdorf, Stavelot 17. Herausgegeben vom Verband der Metallarbeiter. Samstag, morgens 11 Uhr. Auflösungen und Abonnements sind an die Buchhandelskette zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 52

Fuisdorf, den 25. Dezember 1920

21. Jahrgang

Die eines guten Willens sind!

Neben den Tälern und Höhen liegt Schnee. Die Straßen der Städte sind weiß von wölbenden Flöcken, zwischen denen der schimmernde Rauch der Schornsteine und Kamine aufsteigt. Die Friedensbotschaft vom Weihnachtstage tritt wieder einmal an die Menschheit, die nach entschuldigen Qualen von vier Jahren Krieg sich noch in einem wilden Raum befindet.

Es ist ein Symbol für die erneuernde Kraft und für die vorwärtsreibende Seele, die das Christentum durchsetzt, daß im Ursprung seines Seins das Wort vom „guten Willen“ steht. Nicht Reichtum, Ehre, Macht, Geld und Freude wird den Menschen versprochen, sondern es wird von der Menschheit das lebendige Gefühl wahren, ehrlichen Wollens als die Hauptbedingung für die innere Ausleuchttheit der Menschheit und des Einzelnen gefordert.

So steht die Gestalt des Gottmenschen, der Mittelpunkt der Weltgeschichte, da als die Tat schlechthin.

Nichts tut der Menschheit von heute mehr notwendig als in ihr so schwach, als die Tat, die Einfachheit, das Wollen zum wahren Menschheitsfrieden und zur wahren Ständeversöhnung.

Über mit dem Gedanken allein ist noch gar nichts erreicht, wenn nicht dahinter der tatkräftige gute Wille steht. Und diesen Willen haben wir zu beweisen gegen

unsere Weltanschauung,

unser Volk,
unsern Stand.

¶

Niemals ist der Kampf um das Geistesgebiet, um die Weltanschauung derartig scharf gewesen und mit so brutalen Mitteln geführt worden, als heute.

Die Stunde der zwölf Jünger, die hinauszogen, einer ganz anders gesinnten, materialistisch denkenden Welt die große Botschaft des Heiles zu bringen, diese Stunde ist auch für das christlich denkende Volk und besonders für die christlich denkende Arbeiterschaft gekommen. Ein Weltkulturskampf hat angehoben. Hier sittlicher Gedanke — egoistischer Trieb; hier wahre Gleichberechtigung — Diktatur von Kapital oder Proletariat; hier Weltenerneuerung — Weltzerstörung; hier Solidarismus — Kommunismus. Das sind die Rüste und Biele, die Menschheit, Volk und Wirtschaft durchwälzen.

Wir stehen bewußt auf dem Boden des positiven Christentums. Das Christentum ist das gewaltige Regulativ, der Ordner der Menschheit und ihrer Geschichte. In einer Welt von Zerrissenheit, Dissonanzen und Herzenschmerz, von Knechtung und Sklaverei, hat das Christentum die sittliche Idee der Gleichberechtigung aller Menschen verkündet; das Christentum hat den Gedanken der eigenen inneren Erneuerung zündend in die Welt geworfen, es rief in seinem Wort: Liebe deinet Nächsten wie dich selbst, zur Solidarität, zur Gemeinschaftsarbeit aller auf; es adekte die Arbeit, die bis dahin verachtet war; es betonte in aller Schärfe das Prinzip des gerechten Lohnes; das Christentum ist die Idee der Pflichterfüllung und der Verantwortung, die Idee der Liebe aller Menschen zueinander. Und wo in der Geschichte diese göttliche Idee siegte über den materialistischen Geist, da spann das feine, innere Verhältnis, das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Verantwortung, die jeder vor sich und vor der Menschheit zu tragen hat, ein festes Gefüge um Stand und Menschen.

Was hat dieser christlichen Weltanschauung der sogenannte moderne Geistgeist gegenüber zu stellen?

Goethes Worte aus dem „Faust“ sind die beste Antwort darauf:

In bunten Bildern wenig Klarheit,
viel Irrtum und ein Fünldchen Wahrheit.

Das ist das Tragische, daß der moderne Geistgeist, dem auch die Sozialdemokratie versessen ist, glaubt, mit Wirtschaftsparagraphen allein u. einer gewissen „Ethik“ die zerstörte Menschheit wieder zusammenzufügen. Er, der doch durch seinen kapitalistischen und materialistischen Geist jeden sittlichen Gedanken verachtete und mißachtete und die Menschheit ins Verderben hineintrieb.

Wir müssen uns stets bewußt sein, daß nur wirtschaftliche Verhältnisse die Menschheit nicht haben; daß Parteidiktatur, wirtschaftliche Gleichberechtigung unverwendlich sind; daß wir aber keinen Christ werden können, wenn diese Sachen nicht getragen sind vom Geiste wahrer Solidarität.

Von uns Christlichen Gewerkschaftern erholt die Stunde Mut und anstrengtes Stehen. Derjenige, welcher glaubt er habe genug getan, wenn er seine Christenpflichten erfüllt, läßt aber daran, wenn es sich um manhaftes Eintreten für die Freiheit der christlichen Gewerkschaften handelt, der ist, soll gesagt, ein Mensch ohne Zukunft. Die christliche Arbeiterbewegung ist der starken Welle gegen das rote Meer. Dessen sollten sich alle bewußt sein, die auf heiligem Boden stehen, und es dürfte nicht vorkommen, daß Kräfte, denen die Erhaltung des christlichen Gedankens Lebensaufgabe ist, sich noch nicht einmal an beherrschender Stellung gegenüber den christlichen Gewerkschaften aufschwingen können. Und doch sollten alle bedenken, daß in einer starken christlichen Arbeiterbewegung die Regeneration für ein neues christliche Deutschland liegt.

Sollte dieser feste Dolch der christlichen Arbeiterschaft beginnen einmal von den roten Wogen unterdrückt werden, dann würden nicht nur die christliche Arbeiterbewegung, sondern auch die Nachfrage der christlichen Schule und die Kirchgemeinde in der roten Flut untergehen.

Weihnacht ist der Ruf nach dem „guten Willen“. Stehen wir alle auf der Warte.

Das zweite ist die Pflicht, die Tat gegenüber unserem Volke, der Gesamtheit. Der christliche Arbeiter weiß, daß nur in der Zusammenarbeit aller Stände eine Hebung Deutschlands erfolgen, daß nur in der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung ein freudiges Mitarbeiten in Staat und Wirtschaft geschehen kann. Der christliche Arbeiter lehnt jede Diktatur ab, ob sie von rechts oder von links kommt. Seine Söhne nicht zur Höhe, sondern zum Untergang. Wir stehen mit bilden Söhnen auf dem Boden unseres deutschen Volkstums und wahrer nationaler Erziehung. Wir wissen, daß ein nationales und nicht ein internationales Deutin uns retten kann.

Neben allem steht die Volksgesamtheit. Sie steht über Partei, Gewerkschaft, Stand und Einzelbetreibung. Wir machen nur in der richtigen Einordnung unseres Standes in die Gesamtheit. So sehr sich die christliche Arbeiterschaft bewußt ist, daß die Arbeiterschaft noch nicht so als Kultursktor gewürdigt wird, wie es notwendig ist, und daß oft die Höhe kaum an das Christentumminimum heranreichen. So lehnt sie es ab, radikale Forderungen auf Kosten der Gesamtheit zu stellen und durch wilde Streiks und Putschs die Wirtschaftsleben und den eigenen Stand zu unterminieren.

Sie will ihre Lage verbessern auf Grund gewerkschaftlicher Arbeit und mit berechtigten Mitteln. Ist es nicht eine Schande, daß in einer Zeit, wo jede Stunde Arbeitssatz so wichtig ist, infolge der von uns aufgezeigten Fehler: Siekt in Jahre 1914: 40 Millionen verlorene Arbeitstage zu vergeuden waren? Niemand schimpft so viel über Arbeitlosigkeit als die Radikalen, aber gerade sie sind es, die durch ihr zerstörendes wirtschaftliches Unterminieren Hunderttausende arbeitslos machen und Industrien zum Erliegen bringen.

Vor allem muß jeder christliche Arbeiter jede Sabotage verwerfen und sich stets bewußt sein, daß lebenswichtige Betriebe nicht zum Erliegen kommen dürfen. Es ist kapitalistischer Geist, der sich im Berliner Elektrolytstreik bemerkbar mache, wo man Krankenhäuser von Licht, Wärme und Wasser absperre, ohne sich um das Schicksal der Kranken zu kümmern, nur um radikale Forderungen durchzudrücken.

Wir klagen die Berliner Elektrolytärbeiter nicht an, denn sie sind ja nur das Produkt einer fünfzigjährigen mit allen Mitteln betriebenen Feindschaft gegen Autorität und sittliches Empfinden. Aber wir klagen die sozialistische Idee an, die den materialistischen Geist und den kapitalistischen Gedanken großzog und die jetzt angewollt vor Ihnen eigenen Gedanken steht.

Das furchtbare Gesetz der Diktatur hat die sozialistische Massen geprägt. Diese in Leidigung geführten sozialen Ideen, lebt sie mit eiserner Konsequenz in der ehemal gezeigten Richtung ihren Weg fort. Sie bleibt nicht auf dem Tasse. Sie hat die möglichkeitssozialistischen Führer, die sich auf das Eiland der „Gegenwartarbeit“ retten — die sozialistische Massen führt diese Führer Verrückt und geht bis — zum Abgrund.

Nicht das Knebeln anderer reißen hilft und rettet uns, sondern das Einigen: nicht das Knebeln, sondern das Zusammen; nicht Diktatur, sondern Gleichberechtigung und Einigung der anderen Meinung.

*

Zas dritte ist die Pflicht gegenüber unserem Stand.

Die Arbeiterschaft hat sich nach langen schweren Kämpfen herausgearbeitet an das Licht der politischen und wirtschaftlichen Gleichberechtigung. Das wäre ohne die Gewerkschaften gar nicht möglich gewesen. Die Gewerkschaften sind die Pioniere der Arbeiterschaft. Der Aufstieg des Arbeiterstandes kann nur in tätiger Kraft der Gewerkschaften sich vollziehen.

Über gerade da, wo es darauf ankommt, an der massen und geistigen Hebung der Arbeiterschaft mitzuwirken, versagen so viele. Lau, Indifferenter oder gar unorganisierte lassen sie daher. Die Erfahrungen im deutschen Gewerkschaftsleben erhöhen klare Stellungnahme. Nicht radikale Tendenzen, wie die u.s.-Gewerkschaften, nicht seiges Drücken, wie es die erstaunenden Gelben tun, bringen die Arbeiterschaft vorwärts, sondern nur ernste, harte gewerkschaftliche Arbeit.

Wie steht es da bei dir? Bist du ein Gewerkschafter wie er sein soll, christlicher Metallarbeiter?

Verteilst du dich erfolglos an der Agitation? Stellst du auf der Werkstatt deinen Mann, oder streichst du davon, wenn die Gegner deinen Verband angreifen?

Bist du eifrig beim Verbandsorgan, dem „Hammer“, die Schriften, die der Verband herausgibt?

Besuchst du regelmäßig und plakativ die Versammlungen?

Bist du mit deinen Vorfätern auf dem Laufenden?

Bist du als Vorsitzender, Vertrauensmann oder als Betriebsrat deine volle Pflicht und Schuldigkeit?

Bist du auch in einem konfessionellen Verein?

Wie steht es da bei dir, lieber Kollege? Hat nicht doch manches gescheit in deiner Ortsgruppe? Bist du nicht laut und bestimmt geworden und verbündest auch anderen die Freude an der Mitarbeit durch dein eingesetztes: „Es hat ja doch keinen Zweck“.

Der wahre Gewerkschafter ist in die Volksgesamtheit und in die Arbeiterschaft hingestellt wie ein Fleisch, um den sich die schrecklichen Elemente sammeln sollen.

Der wahre Gewerkschafter weiß, daß sein Kampf um bessere Lohns- und Arbeitsverhältnisse nicht isoliert ist, darf mit den Interessen der Volksgesamtheit. Daß man Gewerkschaften nicht macht mit Handgranaten, sondern durch gewerkschaftliche Kraft, vereint mit wirtschaftlichem Denken.

Der wahre Gewerkschafter steht zu seinem Führer und schimpft nicht nach radikaler Weise über ihn. Der wahre Gewerkschaftsführer führt die Art ehrlich wie jeder Proletarier auch, aber er darf nicht jeder Offenkundung und jedem Zustand nachgeben, weil er es vor der Gesamtheit nicht verantworten könnte.

Arbeit für den eigenen Stand ist Pflicht eines jeden, besonders eines christlichen Gewerkschaftern. Danach steht uns alle streben!

*

Erfüllen wir die Pflichten gegen unsere Weltanschauung, gegen die Gesamtheit und den eigenen Stand, dann mögen wir in die Spalten des Schriftschriften greifen. Erfüllt die Menschheit diese Pflichten, dann wird auch Ihr die Weihnachtsglocke des Langenbahn-Gebücks erklingen, weil sie „guten Willens“ ist.

Die Hauptgedanken der heutigen Betriebswissenschaft

W. Werthausen.

II.

Wenn es nun heute fast so scheinen will, als kämpfen unsere Arbeiter nur um höhere Lohn, so ist das sicher nicht der Fall, da bei unseren denkenden Arbeitern jedenfalls moralische Werte das Ziel des Kampfes sind. Auch unsere Gewerkschaften haben erkannt, daß in dem Taylor-System zwangsläufig ein guter Lohn steht, und daß das von Münsterberg verbesserte und vom amerikanischen Gesetz bestreite Taylor-System auch in unserem Wirtschaftsleben beachtet werden muß, denn es ist doch ziemlich einleuchtend, daß durch die Benutzung besserer Werkzeuge und durch einen vernünftig gegliederten Arbeitsprozeß eine Förderung der Produktion gegeben ist. Gerade heute, wo die Förderung der Produktion eine brennende Frage ist, muß es uns ja darauf ankommen, den Arbeitsprozeß zu verschönern, um so bei gleicher, vielleicht sogar verminderten Arbeit eine Steigerung der Produktion und damit einen besseren Lohn und einen höheren Nutzen zu erzielen. Es ist jedoch dabei zu beachten, daß mehr erreicht werden wird, wenn es gelingt, die Anteilnahme, die innere Überzeugung und den Willen des Arbeiters zur Mitarbeit zu gewinnen, da es ja nicht allein auf die körperliche Kraft und Geschicklichkeit des einzelnen ankommt. Im Mittelpunkt der ganzen Arbeit steht der Mensch, und es soll hier ganz besonders betont werden, daß es in der Hauptsache auf den Menschen selbst ankommt. Der Menschengeist soll und muß mehr aus sich herausgehen, er soll sich auswählen auf einem Platz, der ihm günstig ist. Eine größere Verantwortung bedingt auch eine größere Verantwortung. Soll sich also die Hoffnung auf ein besseres Wirtschaftsleben erfüllen, so wird es darauf ankommen, den Arbeiter richtig und zweckmäßig, d. h. unter fiktivster Berücksichtigung seiner geistigen Eigenart und seiner seelischen Funktionen, auszuwählen, um ihn dann an den richtigen Platz zu stellen.

Und dies will die deutsche Betriebswissenschaft. Durch die Arbeits-Psychologie will sie die zweckmäßigen körperlichen Tätigkeiten feststellen, während sie durch die Arbeits-Psychologie die dazu nötigen geistigen Tätigkeiten und Fähigkeiten feststellen will. Ein besonderes Gebiet der Arbeits-Psychologie ist nun die Psychotechnik. Letztere will durch zahlreiche sorgfältig ausgewählte Methoden die günstigste und zweckmäßige Arbeit und Arbeitsform für jeden Menschen herausfinden, und den Menschen dann an den Platz stellen, der seinen körperlichen und geistigen Anlagen und Fähigkeiten angemessen ist.

Die Arbeits-Psychologie geht von dem Gedanken aus, daß der Mensch die Dinge, die Maschinen, den Arbeitsprozeß beeinflussen und beeinflussen soll, während in Amerika beim Taylor-System die Macht den Menschen beherrschen, das Technische allein im Vordergrunde steht. Davon liegen sich heute, wie schon oben ausgeführt, Taylor-System und Wirtschaftspsychologie nicht so schroff gegenüber, wie es wohl den Anschein haben könnte. Die Arbeiten Münsterbergs haben gezeigt, daß in einer zweckmäßigen Vereinigung der Vorteile beider Systeme ein gangbarer Weg zur Verbesserung der Wirtschaft gegeben ist. Es kann an dieser Stelle auch nicht meine Aufgabe sein, nachzuweisen, wie sich in der Tat schon beide Systeme ergänzt und gegenseitig bestimmt haben. Nun könnte der eine oder andere auf den Gedanken kommen, daß die Betriebswissenschaft eine verdeckte Glorifizierung des Kapitalismus wäre, die sich nur ein wissenschaftliches Mantelchen ungehangt habe, um die Arbeiter nach Strich und Faden ausspielen zu können. Dem ist nicht so. Unsere Psychologen haben es strikte abgelehnt, ihre Arbeit in den Dienst des Kapitalismus zu stellen. Sie haben es sich vorbehalten, daß ihre Arbeiten von kapitalistischen Stundabläufen beeinflußt werden. Die Arbeit dieser Männer steht viel zu hoch, als daß sie von solchen Vorwürfen getroffen werden könnte. Ihre ganze Arbeit steht einzig und allein im Dienste des gesamten Menschen.

Die Arbeits-Psychologie, die wir auch, weil sie sich mit der ganzen Wirtschaft befassen will, Wirtschaftspsychologie nennen, hat sich zwei Hauptaufgaben gestellt. Erstens durchsucht sie plötzlich die einzelnen Berufe und sucht die verschiedenen körperlichen und geistigen Momente heraus, weiter beobachtet sie z. B. die Entwicklung während des Arbeitsverlaufs und den Verbrauch der geistigen Energien. Nach diesen und anderen Gesichtspunkten durchsucht sie die einzelnen Berufe und stellt die wissenschaftlichen Gezeuge der scheinbar sehr einfachen Arbeitsvorgänge fest und findet so eine genaue, wissenschaftlich begründete Berufskunde. Zugleichens will sie feststellen, ob ein Mensch, z. B. ein Lehrerling, körperlich und geistig zu einem Beruf geeignet ist. Sie scheidet z. B. durch genau bestimmte Methoden die angemeldeten und zu prüfenden Lehrerlinge für den Beruf des Feinmechanikers in gut geeignete, minder geeignete und ungeeignete Kandidaten. Sie sucht in allen Fällen der geistigen und körperlichen Eigenschaft des Prüflings gerecht zu werden, indem sie seine guten Eigenschaften herauszufinden sucht, um ihn dann an den geeigneten Platz zu stellen, oder ihn zu einem anderen Beruf zu führen.

Durch eine Prüfung bzw. durch eine Untersuchung, werden die angeborenen körperlichen und geistigen Anlagen festgestellt, die selbstverständlich bei den einzelnen Menschen sehr verschieden sind. Nicht jeder hat einen starken Arm, aber auch nicht jeder braucht ihn. Schon Goethe sagt: „Der eine hat die, die anderen, andere Gaben, jeder braucht sie, und jeder ist doch nur auf eigene Weise gut und glücklich.“ (Hermann und Dorothea). Der Schmied braucht den starken Arm, der Musiker das seine Gehör, der Komponist führt das schwere Auge, der Mechaniker die feine Tastenempfindung. Das sind alles angeborene Anlagen, und der Feststellung derer braucht sich kein Mensch zu schämen. Darum kann auch die Eignungsprüfung nicht herabreden, weil sie ja nur richtig einordnen, zuordnen und auswählen will.

Gelingt es der Wirtschafts-Psychologie, diese beiden Aufgaben restlos zu lösen, so werden die schwierigen Fragen der Berufswahl und der Berufsberatung, die ja so viel Kummer und Sorge bereiten, zum großen Teil gelöst sein, dann wird die falsche Berufswahl auf ein Minimum eingeschränkt; dann wird der rechte Mann am rechten Platz sitzen und rechte Werte schaffen. Dann wird sich jeder nach seinen Eigenschaften entwickeln und entfalten können. Nur so werden wir Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der Handarbeiter bis zum Generaldirektor.

So weit sind wir heute von diesem Ideal noch weit entfernt, aber die erreichten Erfolge lassen zuversichtlich hoffen, daß eine bessere Berufswahl und Berufsausbildung erreicht wird. Dann

wird zwangsläufig auch Arbeitsfreude, Arbeitszufriedenheit, Arbeitsglocke und Arbeitswillen wieder beim deutschen Volke einfießen und den Grundstock bilden für den Neuanfang unseres geliebten Vaterlandes, in dem hochwertige Menschen sich glücklich fühlen werden.

Mag auch täglich uns der Fluch entgegenstehen: „Du deutsches Volk, du bist verflucht zur Arbeit!“ so kümmert uns das nicht, denn wir sagen jetzt aus vollster Überzeugung: „Die Arbeit ist unsere Freude.“

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

W. Mauer.

II.

Bei Feststellung des Begriffes „Betriebsunfall“ bei Gas-, Blei- oder ähnlichen Vergiftungen fordert der Verbandstag, daß dabei auf die große Gefährlichkeit der Stoffe und somit auf die erhöhte Betriebsgefahr, sowie auch mehr auf das Urteil von praktischen Fachleuten und Zeugen, namentlich solcher, die auf eine längere Berufstätigkeit zurückblicken können, Bezug genommen wird. Nach ausführlich begründeten wissenschaftlichen Gutachten von Spezialärzten sind die Folgen solcher Betriebsunfälle und gewöhnliche Krankheitserscheinungen nur sehr schwer oder überhaupt nicht auseinanderzuhalten. Da nun der Arzt mit letzteren mehr zu tun hat, so ist er nur zu leicht geneigt, den Gesundheitszustand als eine „typische“ Krankheitsercheinung hinzustellen. Die Erwerbsbeschränkung oder der eingetretene Tod wird dann zurstufegesetzt auf die nicht erkannnten Wirkungen der Vergiftung, wohingegen die maßgebende Ursache nicht ans Tageslicht kommt. Notwendig ist auch, daß der behandelnde Arzt, wie alle ärztlichen Gutachter, nicht eher ihre leichten Gutachten abgeben, bis alle Vorgänge zweifelsfrei festgestellt sind. Wenn dann der Arzt die Betriebsgefahr, die etwaigen Aussagen von Zeugen, praktischen Fachleuten, und alle sonstigen Begleitumstände kennt, dann wird er eher in der Lage sein, ein zutreffendes Gutachten abgeben zu können. Außerdem ist es vollständig ausgeschlossen, daß gewöhnliche und namentlich junge Ärzte all die vielen Spezialgebiete der gewerblichen Vergiftungsarten so kennen können, um ein entscheidendes Urteil abzugeben. Hier die Ansprüche von Hinterbliebenen, deren Ernährer an Gasvergiftungen gestorben sind, ist es ferner geradezu verhängnisvoll, wenn — wie es anschließend landläufig geschieht — durch Blutuntersuchungen die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer Gasvergiftung entschieden werden soll. Es sind mehrere Fälle bekannt, wo Ärzte, Kreisärzte, ja Professoren legten Endes nach dem Ergebnis der Untersuchung des Blutes auf Kohlenoxydgas entweder ausschließlich oder als Mitbegründung „feststellen“, ob eine Gasvergiftung vorgelegen haben soll oder nicht. Die Blutuntersuchungen wurden sogar noch nach mehreren Tagen, ja Wochen nach dem Vergiftungsfall vorgenommen. Hingegen stehen medizinische Spezialwissenschaftler auf dem durchaus annehmbaren Standpunkt, daß die Ausscheidung und Verzerrung von Kohlenoxydgas aus dem Blute schon nach mehreren Stunden erfolgen können, und daß namentlich bei Sauerstoffentzinnung die beschleunigte Entfernung der feinen Gasstoffe aus dem Blute erfolge. Die Ursache ist dann verschwunden, aber nicht die Wirkung. Es ist dieses dieselbe Methode, als wenn man einen Diebstahl nach dem Vorhandensein des Diebes als vorliegend oder nicht als nichtvorliegend feststellen wollte. Wenn man da sagt: der Dieb ist nicht mehr da, also liegt kein Diebstahl vor, so wäre dieses unsinnig. Genau so ist es mit dem Suchen nach Gas im Blute; das Gift ist fort, nicht aber die von ihm verursachte Verzerrung. Natürlich muß dann das Ergebnis einer solchen Untersuchung für den Anspruch der Hinterbliebenen negativ ausfallen, wie es auch wieder in einem noch schwierigen Rechtsverfahren der Fall ist, wo drei zusammenarbeitende Hochseefahrer infolge von Gasvergiftung fast gleichzeitig gestorben sind und wo drei verschiedene Ärzte auf Grund dieser kritischen Beobachtungen „typische“ Lungenentzündung als Todesursache angeben. Folglich wurden die Ansprüche der drei hinterbliebenen Witwen mit je 4–6 Kindern ablehnend beurteilt. Bei dieser schwierigen Sachlage ist darum unbedingt erforderlich, daß namentlich die Rechtsprechung der sonstigen Beweisführung zu einem „Betriebsunfall“, wie Betriebsgefahr, Aussagen praktischer Fachleute, Zeugen usw., mehr Rechnung trage, als sie es seither beliebt. Bei Blei- und ähnlichem gewerblichen Vergiftungen liegen fast dieselben Verhältnisse vor.

Der weitestgehende Antrag des Verbandstages war indes die Förderung, bei der nächsten Erneuerung der Reichsversicherungsordnung die Gewerbeberankheiten der gesundheitsschädlichsten Berufe der Eisen-, Metall- und chemischen Industrie als Betriebsunfälle zu behandeln, sowie entsprechend ihrer Wirkung nach den üblichen Leistungen der Unfallversicherung zu entschädigen. Der Begriff „Betriebsunfall“ legte selther bei uns voraus, daß eine plötzliche, kurz dauernde Einwirkung eines körperschädigenden Ereignisses vorgelegen haben muß, um einen solchen nachzuweisen. Die allmählich sich vorbereitenden, wenn auch plötzlich in die Erscheinung tretenden gesundheitsschädlichen Einstüsse eines Betriebes gelten hingegen als Berufs- oder Gewerbeberankheiten und werden von der Unfallversicherung nicht entschädigt. Nach Art. 547 der RVO. konnte wohl durch Beschluss des Bundesrates die Unfallversicherung auf bestimmte Berufe berankheiten ausgedehnt werden, indes ist davon, soweit bekannt, nur in einem besonderen Falle Gebrauch gemacht worden. Und zwar wurden durch einen solchen Beschluss vom 12. Januar 1917 Vergiftungen bei der Herstellung

von Kriegsbedarf durch intralizierte Kohlenwasserstoffe der artmäßigen Reihe als „Betriebsunfall“ anerkannt, auch bei allmählicher Einwirkung, aber nur beim Todesfall und nicht bei Erwerbsbeschädigungen. In der Schweiz sind alle gewerblichen Vergiftungen, ganz gleich, ob sie plötzlich oder allmählich schädigende Wirkungen hinterlassen, den Betriebsunfällen gleichgestellt. Dasselbe muß auch bei uns der Fall werden. Und zwar sind nicht nur alle gewerblichen Vergiftungen, sondern auch die sonstigen gefährlichsten Berufe oder Gewerbeberankheiten, die in sehr starkem Maße zu schädlicher Erwerbsbeschränkung, Arbeitsunfähigkeit, persönlichen Gebrechen und Entstehungen, sowie gar zum frühen Tod führen, den Betriebsunfällen gleichzustellen. Die innere Berechtigung, das Schicksal des Arbeiters und ihrer Hinterbliebenen, sowie gar zum frühen Tod führen, den Betriebsunfällen gleichzustellen. Die innere Berechtigung, das Schicksal, sowie die ökonomische Zweckmäßigkeit führt dringend zur baldigen Entsprechung der Anträge. Über die der Förderung gegenüberstehenden Schwierigkeiten — die auch bei der Gründung des Antrages hervorgehoben wurden — ist ein Ausweg zu suchen und zu finden. Aufgabe der Arbeiterbewegung muß es mit sein, durch eingehende Untersuchungen sowie durch Gewinnung hieb- und stichfester Unterlagen dafür zu sorgen, daß die Gewerbeberankheiten der gesundheitsschädlichsten Berufe ermittelt und daß dabei die richtigen Grenzen gezogen werden.

Weilziglich Erwerbslosenfürsorge verlangte der Verbandstag von Reich, Staat und Gemeinde die Weiterführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge durch Beschaffung von umfassender Arbeitsgelegenheit. Dazu gehört die Senkung der Baustoffpreise, die Belebung des Baugewerbes, die Inangriffnahme der baureichen Wasserwege, Bahnbauten, Dördlandschaften, ferner die Förderung der Ausfuhr von Fertigfabrikaten, Halbzügen usw. Den unverzuhelbaren Arbeitslosen ist eine den Tendenzverhältnissen entsprechende, den Kurzarbeitern ein angemessener Teil des durch Aussehen der Arbeit bewirkten Verdienstarifpalles als Unterstützung zu gewähren. Die Erwerbslosenunterstützung der Gewerkschaften ist in die öffentliche nicht einzurechnen.

Somit leitete der Verbandstag auch für die Fragen des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung eine ebenso dankbare wie auch notwendige Arbeit ein, die in ihrer Auswirkung nicht nur den Metallarbeitern, sondern mehr oder weniger der ganzen Arbeiterschaft zugute kommen wird. Durch die Verwirklichung der berechtigten Forderungen wird der neue Geist auch seinen diesbezüglichen Fähigkeitsnachweis erbringen müssen; nicht zuletzt auch im Interesse des Wiederaufbaues unserer volkstaatlichen Verhältnisse.

Während die Verordnung vom 10. November, die wir eben besprochen, sich gleichmäßig gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer richtet, richtet sich die Verordnung vom 8. November lediglich gegen Stilllegungsmethoden der Arbeitgeber.

Sie enthält zunächst in § 1 eine Anzeigepflicht. Von dieser werden betroffen die Inhaber und Leiter gewerblicher Betriebe im Sinne des § 105b Absatz 1 der Reichsgewerbeordnung, d. h. der Bergwerke, Callen, Aufbereitungsanstalten, Gruben, Werke, Hilfsbetrieben, Fabriken und Werkstätten, Gläsernpläne und andere Bauhäuser, Werften, Biegelsäle und Dächer aller Art.

Ausgenommen sind gewerbliche Betriebe mit weniger als 20 Arbeitnehmern und Betriebe des Melches und der Länder.

„Prinzip“ oder „Zweckmäßigkeit“

Unter dieser Überschrift polemisiert das Korrespondenzblatt der sozialistischen Gewerkschaften (Nr. 50) gegen die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ und kommt dabei auch auf die Frage der Arbeitsgemeinschaften zu sprechen. Das „Korrespondenzblatt“ schreibt, daß auf der neunten Tagung des Bundesausschusses des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes eine Entschließung angenommen wurde, laut welcher die Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaften nur aus Zweckmäßigkeit gründlich erfolgt sei und keine sogenannte Prinzipielle Frage bedeute. Aus dieser Entschließung geht ferner so deutlich, wie nur zu sagen menschenmöglich ist, hervor, daß die Frage der Arbeitsgemeinschaft zu jeder Zeit geprüft werden kann und, wenn die Mehrheit des Bundesausschusses der Meinung ist, daß es zweckmäßiger sei, den Arbeitsgemeinschaften nicht mehr anzugehören, dann tritt der U. d. G. B. eber aus.

Sowohl uns freilich erinnerlich, ist der Eintritt der sozialistischen Verbände in die Arbeitsgemeinschaften doch aus anderen Erwägungen erfolgt, als aus den Tendenzen reiner Zweckmäßigkeit, die man jetzt, anscheinend aus etlichen Besorgnis vor den radikalen Elementen, ins Feld führt.

Das „Korrespondenzblatt der sozialistischen Gewerkschaften“ selbst schreibt am 5. April 1919:

„Ein Teil der Arbeiter scheint noch nicht zu ermessen, was es bedeutet, daß mit Schaffung der sogenannten Arbeitsgemeinschaften eine Reihe von Forderungen erfüllt sind, für die die Arbeiter und ihre Gewerkschaften Jahrzehntelang unter schweren Opfern gekämpft haben.“

Nachdem das „Korrespondenzblatt“ die Arbeitsgemeinschaft als eine Haupterrungsschafft der Gewerkschaftsbewegung dargestellt hat, betont es ausdrücklich in Nr. 26, 1919:

„Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen un-

gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ist der Ausdruck der Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Arbeiter. Der Wiederaufbau unseres zerrütteten Wirtschaftslebens war nur auf dieser Grundlage möglich und sie wurde geschaffen, wie eine selbstverständliche Notwendigkeit, über die keine Worte zu verlieren sind."

Will uns das „Correspondenzblatt“ glauben machen, es einem solchen hymnis auf die Arbeitsgemeinschaft, wie er in dieser Schärfe nicht einmal von den christlichen Gewerkschaften dargestellt wurde, nur an eine „Gewinnmöglichkeit“ zu denken. Diese Worte sind nichts anderes, als ein freudiges bejahendes Bekenntnis zur Arbeitsgemeinschaft durch die sozialistischen Gewerkschaften.

Legien, der Vorsitzende des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, betonte ausdrücklich in der konstituierenden Sitzung des Centralausschusses der Arbeitsgemeinschaft, daß die Arbeitsgemeinschaft nichts anderes sei, als die konsequente Fortführung jener Tarifpolitik, die von den gewerkschaftlichen Organisationen seit je betrieben worden sei, „sie ist nichts anderes als die konsequente Durchführung des Tarifgedankens, der Vereinbarung, der Verständigung über Lohns- und Arbeitsbedingungen.“

Nach Legien ist also die Arbeitsgemeinschaft nur eine Folge konsequent gewerkschaftlicher Politik. Und jetzt glaubt man, sich mit dem Wörter „Gewinnmöglichkeit“ zu retten, um aus der Arbeitsgemeinschaft „eben auszutreten“, wenn vielleicht die Radikalen gar zu arg gegen die Arbeitsgemeinschaft wettern sollten.

Ein solches Verhalten ist zwar nun nicht konsequent und zeugt auch nicht von grossem wirtschaftlichem Weitblick, aber es ist durchaus „gewinnfähig“.

Wenn die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“, die ekt doch nicht mehr ernstgenommen wird, so etwas aussicht, könnte man darüber hinweggehen, wenn aber das „Correspondenzblatt“ sich rücksichtlos für die wunderbare Gewinnmöglichkeitsformel einsetzt, so gibt das zu denken. Dass es damit selbst den Stein abdrückt, auf dem es steht und immer mehr in die Lage einer wirtschaftlichen Girondie hineingerät, wäre ja seine eigene Sache. Über auf den wirtschaftlichen und sozialen Schaden muss aufmerksam gemacht werden, der durch den eventl. Fall der Arbeitsgemeinschaften sich ergäbe. Dafür haben die sozialistischen Gewerkschaften schon mehr als einmal aus straffer Schwäche zugunsten der radikalen Phrasen bedeutende wirtschaftliche Errungenschaften preisgegeben, so dass, wie P. H. in Nr. 80 der „Metallarbeiterzeitung“ klagend ausruft, die Arbeiterschaft infolge der radikalen Verkleisterung genau dort wieder anfangen müsse, wo sie vor fünfzig Jahren auch gestanden hätte.

Die Arbeiterschaft mag sich keiner Täuschung hingeben; nicht Schlagworte bauen eine Wirtschaft auf, sondern ernste Arbeit. Die sozialistischen Gewerkschaften, die auf dem besten Wege sind, das zu verbrennen, was sie noch vor einem halben Jahre angebetet haben, tragen die größte Verantwortung, wenn in Deutschland statt wirtschaftlicher Arbeit die Phrase herrschen und damit Deutschland und die deutsche Arbeiterschaft in das tiefste Elend gestürzt würde.

Streiflichter

Mannesmann.

Unserer Betriebsleitung in Bremen ging vor einigen Wochen ein Brief eines unserer Kollegen — der immer noch trotz alter „Lebensverdikt“ der roten Genossen auf einer Bremer Werft arbeitet, zu.

Ein wahrer Heldentum, der selbst die Brotosmacht verachtet, spricht aus diesen Zeilen. Der Brief lautet:

„Lieber Kollege Dogster!“

„... In letzter Woche hatte ich selbst wieder eine kleine Begegnung. Am Sonnabend, den 16. 10. 20 war bei uns eine Betriebsversammlung während der Arbeitszeit. Nach Erledigung des eigentlichen Zweckes der Versammlung wurde dann vom Vorsitzenden des Betriebsrates Bütcher Alarm geschlagen wegen des „streik“ Verbandes.

Es töte nicht angängig, daß noch Andersorganisierte als „freie“ (rote) geduldet würden.

Besonders die Christlichen müssen jetzt verschwinden. Ich medete sich zum Wort, wurde aber gar nicht beachtet, bis ich schließlich die Finger in den Mund stellte und zu Rufen auffing. Da machte auch meine nächste Umgebung halloß und schließlich bekam ich auch das Wort. Leute meinen Standpunkt in wenigen Wörtern klar, daß ich mich organisiere wo ich will. Natürlich wurde ich niedergeschlagen.

Hatte aber soviel erreicht, daß mir nachher mehrere Kollegen persönlich dankten. Mehrere Tage darauf wurde ich vom Obmann unserer Branche auf Besuch des Betriebsrates aufgefordert, in den roten Verband überzutreten. Auf mein entschiedenes Nein und der nötigen Zuckfausierung zog er ab und ist bis jetzt noch nicht wieder bei mir gewesen. Gehr daß ich übertrieb stell sich die Welt auf den Kopf oder unser Verband müßte mich im Stiche lassen. Da das Letzte nicht gefügt, so bleibe ich was ich bin und sollte ich auch entlassen werden. Dann lasse mir die Firma das Geld zum Entzug und Gott Behalt!

Am 8. 12. 20 bin ich zwei Jahre hier beschäftigt. Dann fängt das dritte Jahr an und es wird dann als Strafe drei Brotdöse Jahre verdient herauskommen.

Auso ich habe die Ohren stell und lasse es kommen wie es will.

Ich sehe mit Gottes Hilfe auch weiter meinen Mann.

Groß! Ich Gott . . .“

Ummerkung der Schriftleitung: Wie uns mitgeteilt wird, sind das nicht nur leere Worte, sondern dahinter steht die Tat. Denn zwei Jahre hat sich der Kollege dort bereits fast Tag für Tag — allein auf sich gestellt — mit den Radikalistis herumgeschlagen. Hat ab vor diesem Manne „Acht, dieser Charakteristische und Ueberzeugungsstarke, Radikale ebenso handeln.“

So wählt der Mensch mit seinen Höhern Freuden.

Lebte da in Hameln, dem Sitz seiner Kommunistengenossen ein armer Bergmann, namens Hellings. Er war 1914 arm wie eine Kirchenmaus und war es 1918 auch noch. Aber 1920 war er ein gemachter Mann. Wie — das ist sein „Wiederholung“. Jedoch war er der oberste Kommunistenführer in Hameln und reiste mit vollen Pausen von wegen „Gerechtigkeit und Gleichheit“ nach. Nachdem er nun am Freitag revolutionäre Methoden gelehrt hatte, war er in der Landes-Restaurant Meissner am Thüringen, der am 9. November und auch später von Autos und Polizeimotorrädern besah die „Führer des Proletariats“ verhaftet und sich dann plötzlich in den Besitz einer Großgummihandlung versetzt sah. — Wunder über Wunder.

Hellings war der Ansicht, daß ihm das Wirthaus besser Kosten mitsie als das Leben und so kostet er dann kein Bier und schenkt Wein, wie er früher kommunistische Reden verachtet hatte.

Er wählt aber bekanntlich der Mensch mit seinen Höhern Freuden. Hellings lernte einsehen, daß die Wirtschaft doch etwas komplizierter ist und daß der Kommunismus, die Güterverteilung zum mindesten noch so lange verfrüht ist, wie er Führer des Proletariats wäre.

Das Proletariat macht nun bekanntlich nicht so schnell als seine Eltern und einige Toren meinten, der Führer Hellings und der Wirt Hellings möste doch ein und dieselbe Person sein. Sie sind eben amnahmen. Der Reichskanzler der Freikirchlichen Oberherrschen, der das auch akzeptierte, ist schnell eines besseren belehrt worden und tut das bestensichtigt und zu wissen.

Die Welt nach Süden bei Eintritt im Evangelischen Rathaus nicht nicht statt, weil der legale Andacht Wirt Hellings die Abhaltung der Reichsmachthaberung für die Kinder der Unterbleibenden nicht geboten.

Also nicht einmal die Kinder der Unterbleibenden haben vor den Augen der früheren Kommunistenfreunde. Daher auch der Ausdruck „Unterbleiblichkeit.“ O du armes rotes Proletariat!

Bekanntmachungen

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im vorab zahlbar sind, so ist sie Sonntag, 20. Dezember der erste Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 20. Dezember bis 1. Januar.

20.

Für das Jahr 1921 werden neue Wertmarken in einer anderen Farbe ausgegeben. Ab 1. Januar dürfen nur diese neuen Marken gelesen werden. — Da am Jahresende die Veteranenmänner mit ihrem Markenbestande abrechnen müssen, ist es unumgänglich notwendig, daß alle Männer über mit Ihren Veteranen auf dem Lauten sind. Um Jahresende darf es keine Rückstände mehr geben. Da mit Anfang des neuen Jahres nur noch neue Marken im Verkehr sind, so müssen etwa dann noch rückständige Betriebe mit neuen Marken antrittieren, so daß sich solche Mitglieder selbst als lärmige Zahler durch ihr eigenes Mitgliedsbuch austauschen. Bei dem eigenen Interesse der Mitglieder und im Hinblick auf die Durchführung einer geordneten Jahresabrechnung darf bezahlt wohl von allen Mitgliedern eine pünktliche Beitragsleistung erwartet werden.

*

„Nichtsdestotrotz gewerkschaftliche Kleinarbeit“ heißt die neue Broschüre, die — von Kollegen H. Henkemeier verfaßt — unser Verband herausgegeben hat. Das wichtige Material und die Erklärungen, die in dieser Broschüre unsern Kollegen gegeben werden, machen es notwendig, daß unsere Kollegen eingehend diese Broschüre studieren. Preis 1,50 M. zu beziehen durch die Ortsverwaltungen oder von der Zentrale Duisburg, Siapeltor 17.

Verbandsgebiet

Schlesien. Nahezu 1/4 Jahr standen die drei Großbetriebe Fichtel u. Sachs., Fr. & Co. und Hüttinger und Küppers still. Dieser Streik brachte für die Arbeiterschaft und deutsche Volkswirtschaft Millionenverluste. Beteiligt waren nahezu 7000 Arbeiter und Arbeitnehmer. Da dieser Streik für die gesamte Arbeiterschaft nicht nur interessant sondern sehr wichtig ist, erscheint es notwendig auf die Verhältnisse etwas genauer einzugehen.

Die Heizer und Maschinen der drei Firmen stellten außerhalb des bestehenden Tarifvertrages Forderungen auf Erhöhung ihrer Löhne. Die Firmen lehnten anfangs ab und stützten sich auf den bestehenden Tarif. Bei einer Firma legten die Heizer und Maschinen die Arbeit nieder, worauf sich diese Firma heikelhaft eine Bulage von 7,00 Mark pro Tag zu gewünschen, mit dem ausdrücklichen Vermerk, daß die Firma mit dieser Vergütung Kinerlei innerhalb des Tariffes liegende Verpflichtung anerkenne. Später fanden zur generellen Regelung der Forderungen der Heizer zwischen den 3 Firmen weitere Verhandlungen statt, die als Ergebnis 23 bzw. 24 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde in Aussicht stellten. Diese Bulage war geringer als die bereits früher unverbindlich gewünschte der einen Firma und die Folge war, daß die Heizer und Maschinen den Streik beendeten. Am 21. September abends rissen die Heizer die Feste heraus und legten die Betriebe still.

Anschließend daran versammelte der USP-Führer des deutschen Metallarbeiter-Verbandes St. Lutz die Rechtschicht der Firma F. & Co. 400—500 Leute in der Kantine und beschloß mit diesen durch öffentliche Abstimmung ebenfalls den Streik. Als am nächsten Morgen die Tagesschicht zur Arbeit ging waren sämtliche Fabrikate von radikalen Betriebsräten und anderen Posten besetzt und wurde der Arbeiterschaft der Streik diktiiert und auf die Frage was los sei die Arbeiterschaft war gar nicht orientiert wurde die Antwort erteilt: „Es wird gestreikt, weil das wissen will kann um 9 Uhr in Saalbau kommen!“ Um 9 Uhr vormittags fand im Saalbau eine weitere Versammlung statt und wurde wiederum öffentlich abgestimmt und der Streik endgültig proklamiert. Die Arbeiterschaft verfügte noch am gleichen Tage durch die Preise die Entlastung sämtlicher Belegschaften und sandte jedem Arbeiter per Post den restlichen Lohn und Invalidenstelle zu. Damit war der Streik zur Wirklichkeit geworden und für die Schlesischen Metallarbeiterkraft brach eine Zeit der Entbehrungen und Entzweigungen an.

Unser christliches Metallarbeiterhaus lebte in einer Erzählung durch die Preise die Art und Weise, wie dieser Streik durch den USP-Metallarbeiter-Verband begonnen wurde, entschieden ab und protestierte gleichzeitig gegen die Entzweigungen durch die Arbeiterschaft. Die Verantwortung für ein derartiges Beginnen konnte keine Organisationstruktur, die noch ernst genommen werden will, übernehmen.

Angewiesen waren einige Wochen ins Land gegangen und dann wurde erstmals der Besuch gemacht, Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Bandvertragsamt zur Erledigung der Differenzen zusammenzubringen. Die Arbeitgeber jedoch lehnten Verhandlungen mit der radikalen Streikleitung ab, erschienen zur Verhandlung nicht selbst, sondern ließen sich durch ihren Symbol vertreten. Gest am 10. November war es möglich, nach wiederholten Besuchen, was nun die Beurteilung erlaubt mit Friede. Verhandlungen fanden zu Hameln statt.

München. Die Verhandlungen wurden nur als unerlässliche Ausbrechzeit und zum Schlus und Eigentum schriftlich niedergelegt. Nachdem 6 Tage waren notwendig um den Konflikt zu bearbeiten, wobei die Verhandlungen viel zu politischen Abgrenzungen führte. Am Schlus der Verhandlungen erklärte ein Regierungsvorsteher wugeschlossenes; Mein Herr! Wir haben nun eben 1 Woche verhandelt und nichts untersucht gelassen die beiden Parteien zu entscheiden. Wenn die Regierung nicht beiderseitig einverstanden hat, so werden wir eine neue Wahlen wohl eine Meinungsverschiedenheit haben. Es besteht in Deutschland kein Schiedsgericht mehr, doch in diesem Falle einen Schiedsgericht geben, doch und sehr wahrscheinlich das bieben rechtssicherlich erlaubt könnten. Verließen sie der Arbeiterschaft, daß eine andere Lösung unmöglich erscheint und sehen sie ihren ganzen Einfluss ein für die Wiederaufnahme der Arbeit.

Der NSR-Metallarbeitervertreter hat zwar berichtet, aber denkt nicht aufrechst, der Arbeiterschaft die Wahrheit in sagen. Aufgrund einer Entscheidung herauftreten, hat man sich hinter einer Abstimmung verschütt und versucht damit seinen Rückzug zu decken. Der Arbeiterschaft hat man vorzusehen die Arbeitgeber seien noch in München und wollen weitere Verhandlungen fortsetzen. Nach Ende der Verhandlungen ist es, was sie leben Teilnehmer an den Münchener Verhandlungen fort, daß alle Mittel erschöpft waren und an weiteren Verhandlungen nie wieder ankomme zu erwarten. Die gleichen Leute haben 8 Wochen später die Bedingungen der Arbeitgeber anerkannt und schreibt dann erst eingesehen, daß er jetzt ist mit der radikalen Dummheit und den begangenen Verbrechen an der Schwerindustrie Arbeit zu machen. Die Arbeit wurde in der Woche vom 8.—11. Dezember in allen Betrieben teilweise wieder aufgenommen und muß nun die Frage gestellt werden: „Warum dieser Streik und was hat er gebracht?“

Schlus folgt.

Sch. Schw.

Leipziger. Die christlichen Feiertage waren schon seit langem in Stein des Anfangs bei gewissen „klassenbewußten Arbeitern“. Vor dem 1. November d.h. 30. kam es bei den großen Fleisch Bayreuthen zu Verhandlungen, die, ihrer besonderen Bedeutung wegen festgehalten zu werden versuchten. Bisher haben wir in allen Agitationen verhandlungen, wo es galt, Dumme einzuspielen, gehabt: „Religion“ hat mit der „freien“ Gewerkschaft nichts zu tun. Dass die Religion mit der „freien“ Gewerkschaft doch etwas zu tun hat, wird aus nachfolgendem jedem klar werden. Hauptsächlich ziehen die heute noch dem Hause der Gewerkschaft nachlaufen auch ihre Schritte daraus.

Bei der Firma Bayreuth drängte ein großer Teil der Belegschaft darauf, daß am Allerheiligten Tage 1. November gearbeitet werden sollte. Eine Betriebsabstimmung sollte sich mit der Stellungnahme zu Nachtrag und Allerheiligem beschäftigen.

Es lag eine Auskunft der Polizeidirektion Wiesbaden über die für die Gemeinde maßgebenden geistlichen Feiertage vor. In dieser Auskunft war der Allerheiligen Tag nicht genannt, trotzdem er noch 1918 als geistlicher Feiertag gekannt hatte. Der Betriebsrat stellte sich nun mit den christlichen Kollegen auf den Standpunkt, wenn Allerheiligen für Wiesbaden kein Feiertag mehr ist, dann kann gegen ein Arbeiter an diesem Tage nichts eingewendet werden. Eine Betriebsabstimmung legte die Beziehung von dem Gebot der Verhandlungen in Kenntnis. Nochmals eingeschendete Bedingung eingerichtet und dabei festgestellt, daß der Allerheiligenstag doch noch ein geistlicher Feiertag für Wiesbaden sei. Die Polizei hatte sich bei ihrer ersten Mitteilung, daß Allerheiligen kein geistlicher Feiertag sei, gestrichen. Eigentlich hätte sich nun jede Diskussion erübrig. Doch der Betriebsrat befürchtete noch einmal mit der Angelegenheit. Wenn kein geistlicher Feiertag war, gut, dann müste man zugeben, daß gegen ein Arbeiter nichts eingewandt werden könnte. Was aber ein geistlicher Feiertag, wie es sich nun herausstellte, so wurde einfach nicht gearbeitet. Dass das nun nicht in die Bedeutung derzeitigen kleinen Paktes, die in unverantwortlicher Weise gezeigt hatten ist leicht erkläbar. Man verzog lange daher, daß der Tag bezahlt werden sollte. Schwer war es nicht die allgemeine wirtschaftliche Lage als Ursache dieser Verdeckung zu verstehen. Der W.L. war nun eigentlich vorgezeichnet. Ist ein geistlicher Feiertag und der Regierungspräsident hat, wie es hier geschrieben war, zunehmend, gerade mit Rücksicht auf die Lage gestaltet, daß gearbeitet werden durste, so muss der im Tarif festgelegte Zufluss bezahlt werden. Die ganz selbstverständliche Tatsachen nutzten nun erst die christlichen Betriebsmitglieder feststellen. Die Firma hatte einen Brief an den Betriebsrat gerichtet, das Inhaltes, daß sie mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage der Arbeiterschaft bereit sei, a. 1. November arbeiten zu lassen, aber von ihrem Einvernehmen zucktretten müste, wenn die Feier tagelöhnung, also die tariflich festgelegten Bushläge verlangt werden sollten. Mit andern Worten ausgedrückt heißt das, wenn die Arbeiterschaft auf ihre tariflichen Rechte verzichtet, gestritten wird, ob sie geistig in arbeiten. Die „freien“ Arbeiterschaften rillierten sich in kostlosen Fässer bereit, nur um den christlichen Feiertag um jeden Preis zu füllen zu bringen (was wurde anderweitig ausdrücklich noch zum Ausdruck gebracht), auf die Hälfte eines Tagelohnes zu Gunsten des vielfach ehemaligen Kapitalismus zu verzichten, den Tarif ist nicht bestehend zu betrachten, die Gesetze als nicht da anzusehen, kurzum einen ehemaligen ganz ausgewachsenen Arbeiterverrat zu begehen.

Wenn die christlichen Arbeiter etwas nur ähnlich sich hätten zu schaffen kommen lassen, es würde ihnen in ihrem Leben nicht verziehen werden. Da nach ihrem Tode hätte man es ihren Nachkommen noch auf ewige Zeiten nachgetragen. Folgender Beschluss des Betriebsrats wurde mit 12 gegen 7 Stimmen (3 Christ., Arbeiter und 4 Angestellte) getroffen: „Der Betriebsrat der Farbenfabriken Fried, Bayreuth u. Co. erklärt, daß die Belegschaft obengenannten Werkes gewillt ist, an dem für Wiesbaden als Feiertage geltenden Allerheiligentage wie an einem Werktag zu arbeiten. Die Betriebsleitung führt sich den Umtänden und zahlte die tariflichen Bushläge. ist. Die daraus erfolgte Verhandlung lautet also: „Nachdem die Auskunft des Bürgermeisters von Wiesbaden, welche den Allerheiligentag nicht als geistlicher Feiertag ansah, und eine erneute Nachprüfung dieses festes festgestellt hat, daß Allerheiligen als ein geistlicher Feiertag für die Gemeinde Wiesbaden gilt, hat nach Verhandlungen der Betriebsleitung und der Vertreter des Betriebes mit dem Reg.-Prä. als Allerheiligentage wie an einem Werktag zu arbeiten. Die Betriebsleitung stellt vor dem Dienstleistungskommittee anheim!“

Mit diesem Beschluss schien das Schicksal des Allerheiligentages und da es sich auch gleich um den Karfreitag handelte, denn beide Feiertage sollten gleich bewertet werden, bevorzugt zu sein. Der Regierungspräsident als Dienstleistungskommittee stand der Sache doch etwas skeptisch gegenüber als die „Arbeitervertreter“ der „freien“ Gewerkschaft. Es gab ausnahmsweise die Genehmigung zur Arbeit, ohne an den Chancen des Feiertags zu rütteln. Die Betriebsleitung stützte sich den Umtänden und zahlte die tariflichen Bushläge. ist. Die daraus erfolgte Verhandlung lautet also: „Nachdem die Auskunft des Bürgermeisters von Wiesbaden, welche den Allerheiligentag nicht als geistlicher Feiertag ansah, und eine erneute Nachprüfung dieses festes festgestellt hat, daß Allerheiligen als ein geistlicher Feiertag für die Gemeinde Wiesbaden gilt, hat nach Verhandlungen der Betriebsleitung und der Vertreter des Betriebes mit dem Reg.-Prä. als Dienstleistungskommittee, der besonders von der Arbeiterschaft vorgetragene Umstände wegen, gearbeitet wird. Dieser Beurteilung ist die ausdrückliche Erklärung beigegeben, daß durch diese Ausnahmsweise auf dem Chancen des Feiertags an die Entzweigung hat die Betriebsleitung, im Verein mit dem Betriebsabteilung, am Montag, den 1. November folgende Regelung getroffen: Es wird in allen Betrieben, Werkstätten und Laboratorien wie an Werktagen gearbeitet. Es müssen also alle Arbeiter, die Betriebsbeamten und diejenigen Angestellten, welche zur Betriebsabteilung des Betriebes zugehören und jene Arbeit eröffnen, zu

den sozialdemokratischen und technischen Büros, einschließlich Fabrikbüro ruht am Montag die Arbeit. In Zwischenfällen entscheidet der Verteilungsverband oder der Betriebsleiter über die Notwendigkeit der Arbeit. Der Allgemeinrat ein gleichlicher Feierabend ist, werden den Arbeitern und Angestellten die sozialen Sonntagsausübung bzw. Nebensundaysausübung gewährt. Am Mittwoch, den 17. November (Fasching und Verlag) ruht nur wie an Sonntagen gearbeitet, da gleichlicher Feierabend ist." W. 28. 10. 20. Drittel: ges. Ott. Betriebsrat: ges. Bischmann, Gläser

Wiederum war aber der Vorstoß des Gewerkschaften vorbelogenen. Aus dem vorstehen und bestimmen Aufstellten der christlichen Kollegen im Betriebsrat ist es zu danken, daß der Tarif gehalten wurde und die Rechte der Arbeiterschaft unangetastet blieben. Fünfzig Prozent eines Tagelohnes, der der Arbeiterschaft zustand, verschwand dadurch nicht vom Unternehmen.

Besonders muß festgehalten werden, daß sich die Gewerkschaften nicht als Sozialisten, Kommunisten, oder eines anderen sind aufstellen, sondern stützen auf die Bedeutung „reicher“ Gewerkschaften gelegt haben. Gewerkschaften, als Vertreter des Arbeitersatzes der Firma Böker laufen: „Die politik der Tatsache, daß der schon fast geplante Feierabend doch wieder zum Leben kommt, müsse einmal festgestellt werden, daß sie als „reiche“ Gewerkschaften keine Neigung hätten, Christliche Feierabende zu halten“. Einige Gewerkschaften spendeten ihm fiktiven Urteil. Und der Gruppe Böker schreibt sich den Auspruch: „Ich sehe fest, daß es unter Verhältnissen ist, die Christliche Feierabende auszutunzen und an deren Stelle revolutionäre Arbeiterversammlungen einzufordern“. Und der wirtschaftlichen Notlage heraus mußte man beim Demobilisierungskommissar plaudern, möchte die Gewerkschaften zur Arbeit an einem geistlichen Feierabend verzögert werden. Man sieht, es sei freuentlich in der neuen Zeit noch Feierabende einzufordern, wo man das Geld so nötig hätte. Wir es nicht auch freuentlich an der Arbeiterschaft gehandelt durch fortgesetzte Rufe bei Böker ständig eine Aussperrung von mehreren Tagen herbeizuführen? Darüber hat man sich aber keine Gedanken gemacht, daß das im Sinne der Christlichen, da auch die Arbeiterschaft Oster bringen. Will sie nicht, wird sie es zumindest. Aber geistliche Feierabende kann man nicht halten. Das brauchen wir auch Christen. USP rechts, USP links, SPD und KPD sehen sich über alles hinweg. R. B.

*

Wissen (Sieg). (Fortsetzung.)

Frage man nach den Gründen, warum dann der sozialistische Metallarbeiterverband eine solch unchristliche Haltung einnahm, so kann die Antwort nur lauten: denn Gruppen Schäfer war mit dem Höhepunkt des Kollapses gefordert worden und darum mußte er doch auch wohl als stammer Sozi, der auch den wirtschaftlichen Kampf für die politischen Ziele seiner Partei auszuüben suchte, von dem Grundsatz ausgehen, daß der soziale Streit der Sozialdemokratie nicht nicht, als ein geweckter.

Anders ist auch das Anstreben des Bezirksleiter Meß und Bernhard USP, später aus Frankfurt, garnantiert zu erklären. Bernhard erschien auf der Bildfläche, als bereits so viel Arbeiter wieder im Betrieb waren, sobald ein Hochlohn wieder in Funktion gebracht werden konnte, nachdem die Fortsetzung den Gewerkschaftsvertretern in einer Verhandlung erklärt hatte, daß keine auswählende Arbeiter eingestellt werden sollten. Die Möglichkeit für den geordneten Abschluß war gegeben. Bernhard aber wollte den Wissener Arbeiter einmal zeigen, was so ein U. S. P. zu leisten vermag. Dagegen ist der Bezirksschule schon zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit war, wurde auf Bernhards Vorschlag der Schäfer abgelehnte Schlichtungsausschuß eingerufen. Dadurch wurde die Arbeitsaufnahme in Wissens 8 Tage verzögert, die Arbeiterschaft um weitere 8 Stunden aufkauft und verlor 16 Stunden.

Die Verhandlung am Schlichtungsausschuß nahm den vorangegangenen Ausgang. Ganz wurde der Werksleitung „empfohlen“, alle Kräfte wieder einzustellen, aber mit dieser Empfehlung war nichts anzufangen. Genosse Meß war erhöht, als sein Knothe Verhandlungen mit seinem guten Einfall kam. Er räumt darum seinen Koffer und verschwindet unter Protest. Besser, wie in den wenigen Tagen seines Schaffens in Wissen der U. S. P. Bernhard die Geschäfte des Unternehmers besorgt hat, konnte es nicht geschehen.

Dass ist auch die Aussicht aller Arbeiter von Wissen, die bei dieser Bewegung gelernt haben: 1. wie seltig und mit welcher Gewissenlosigkeit sozialdemokratische Führer mit den Interessen der Arbeiter Schindler treiben und 2. wie notwendig ein starker christlicher Metallarbeiterverband ist, der mächtig, aber dann entschieden und fest für die Rechte der Arbeiterschaft gekämpft hat und kämpfen wird.

Würde die von uns vorgeschlagene Taktik befolgt werden sein, dann wäre es auch viele Mitglieder des sozialistischen Metallarbeiterverbandes klar, dann hätte der Kampf einen anderen Ablauf genommen, dann bräuchten nicht so viele Arbeiter ohne Arbeit und Beschäftigung zu sein. Mögen sich diese Kollegen bei Schäfer und Kästner denken, daß sie versuchen die Gewerkschaften, nun die Schäfer von sich auf den christlichen Metallarbeiterverband abzuwählen. Unter Kenntnis der Wahrheit, daß sie der Tatsache möchten man sie gerne die eigene Schande verdecken. Das wird ihnen nicht gelingen. Die Arbeiterschaft von Wissen und darüber hinaus des ganzen Siegerlandes weiß, was der christliche Metallarbeiterverband für sie geleistet hat, auch schon, als manche Gladbachinsen von heute noch in Erfurth erstaunten vor dem Unternehmertum, zur Sorte der Krieger und Speicheldreher gehörten. Diese Gesellschaft will es nicht vermögen, die Einigkeit der christlichen Organisationen Arbeiter zu schwächen. Nach rechts und links werden sich diese zu wehren wissen und auch aus dem bekannten Streit die Lehre ziehen, Stärkung des christlichen Metallarbeiterverbandes. W. A.

Branchenbewegung

Neugründ. Schuharbeiter und Verbandsräte

In der Nr. 44 des „Bergknappen“ versucht der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter den Verein zu jähren, daß die Metallarbeiterverbände nicht „Verein“ sondern „Handelsvertreter“ seien, weil einmal j. B. der Krupp'sche Tarif neben den Metallarbeitern u. a. auch Maurer, Gärtnert, Sattler, Bäckereymacher, Bäuerinnen, Näherinnen, Wärmertinnen, Waschfrauen, Köchinnen, Küchenjägerinnen und sogar Kartoffelschälmädchen umfaßt, und zweitens der sozialdemokratische Metallarbeiterverband auf seinem Stuttgarter Verbandsstag die Umstellung zur Industrieorganisation beschlossen habe.

Bezüglich des Krupp'schen Tarifes haben wir bereits in der Nr. 48 unseres Verbandsorgans die den Gewerkschaften anscheinend bisher unbekannt gebliebene Tatsache mitgeteilt, daß der Tarif unter Mitwirkung aller in Frage kommenden Organisationen zu Zustand gekommen ist, während die tatsächliche Regelung der Arbeitsverhältnisse im Rahmen, in den Krankenanstalten, der Konsumanstalt, der Wohnwohnsitzung sowie des Haushalt und Sicherheitspolizei der Wohnungswesentlich und der Krankenanstalten selbstständig durch die in Frage kommenden Berufsorganisationen in zwei besonderen Abhängen erfolgt ist, welche der Zweckmäßigkeits halber im Krupp'schen Tarif untergebracht sind. Also sind einmal die angeogenen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen nicht Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes und zweitens haben die bereits den Verbandsräte für ihre Mitglieder am Krupp'schen Tarif im besten Interesse mitgewirkt bzw. haben die Anhänger selbstständig abgeschlossen.

Bezüglich des Standpunktes des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes haben wir in der Nr. 45 unseres Organs erklärt, daß wir auf diesen eigenartigen „Kronzeugen“, der mit seinen Beschwörungen nur politische Ziele verfolgt, gern verzichten; wir brauchen vielmehr den im Jahre 1910 mit dem Gewerksverein über die Schuharbeiter abgeschlossenen Tarifvertrag zum Abzug.

Das kann nicht sich der „Bergknappe“ Nr. 49 in einigen recht sonderbaren Bemerkungen über unsere Entwicklung, wenn wir mit gleichen Maße meilen wollen, will die das tatsächlich den Feinden der Gewerkschaftsbewegung (die wohl nicht unter Kenntnis werden brauchen, neben denen aber die Gewerkschaften der Gewerkschaftsbewegung von uns besonders benannt werden sind). W. 28. 10. 20. Drittel: ges. Ott. Betriebsrat: ges. Bischmann, Gläser

Wiederum war aber der Vorstoß des Gewerkschaften vorbelogenen. Aus dem vorstehen und bestimmen Aufstellten der christlichen Kollegen im Betriebsrat ist es zu danken, daß der Tarif gehalten wurde und die Rechte der Arbeiterschaft unangetastet blieben. Fünfzig Prozent eines Tagelohnes, der der Arbeiterschaft zustand, verschwand dadurch nicht vom Unternehmen.

Besonders muß festgehalten werden, daß sich die Gewerkschaften nicht als

Sozialisten, Kommunisten, oder eines anderen sind aufstellen, sondern stützen auf die Bedeutung „reicher“ Gewerkschaften gelegt haben. Gewerkschaften, als Vertreter des Arbeitersatzes der Firma Böker laufen: „Die politik der Tatsache, daß der schon fast geplante Feierabend doch wieder zum Leben kommt, müsse einmal festgestellt werden, daß sie als „reiche“ Gewerkschaften keine Neigung hätten, Christliche Feierabende zu halten“. Eine Gewerkschaften spendeten ihm fiktiven Urteil. Und der Gruppe Böker schreibt sich den Auspruch: „Ich sehe fest, daß es unter Verhältnissen ist, die Christliche Feierabende auszutunzen und an deren Stelle revolutionäre Arbeiterversammlungen einzufordern“. Und der wirtschaftlichen Notlage heraus mußte man beim Demobilisierungskommissar plaudern, möchte die Gewerkschaften zur Arbeit an einem geistlichen Feierabend verzögert werden. Man sieht, es sei freuentlich in der neuen Zeit noch Feierabende einzufordern, wo man das Geld so nötig hätte. Wir es nicht auch freuentlich an der Arbeiterschaft gehandelt durch fortgesetzte Rufe bei Böker ständig eine Aussperrung von mehreren Tagen herbeizuführen? Darüber hat man sich aber keine Gedanken gemacht, daß das im Sinne der Christlichen, da auch die Arbeiterschaft Oster bringen. Will sie nicht, wird sie es zumindest. Aber geistliche Feierabende kann man nicht halten. Das brauchen wir auch Christen. USP rechts, USP links, SPD und KPD sehen sich über alles hinweg. R. B.

Was z. B. die „ungewöhnlichen“ Fachverbände an“ ansieht, so glaubt die Christliche Metallarbeiterverbände ebenfalls wie der sozialdemokratische Metallarbeiterverbund allerdings, daß der Kulturschmiedeverband, der Viehdezernat und ähnliche Verbände, in unserer Wirtschaft allein gar nicht in den Lohn sind, dahernde Folge für die Kollegen herauszuholen, auf christlicher Seite haben wir derartige Verbände nicht und brauchen sie auch nicht. Die Abgrenzung schreibt sich den „Grundsatz“ des Deutschen Metallarbeiterverbundes lautend wie „nachzuahmen“. Wenn wir am 22. 8. 19 die Schaffung von Sektionen für Werkstättenbahnen“ beschlossen, so kann der Gewerksverein darüber beruhigt sein, da über die Organisationsausweitung in dieser Branche längst eine Verständigung mit dem betreffenden Tarifverband erfolgt ist.

Um Abgrenzen kann wie es versteht, w. an Vergleichsabschlüssen unseres Verbandes die Verteilungsmethode der „Tarifschäfer“ bestimmt werden; wir haben aber in der Nr. 18 unseres Verbandsorgans ausdrücklich erklärt, daß wir die Schaffung von Tarifabschlüssen als solchen im Gewerksverein als eine gute Maßnahme ansehen müssen, da noch viele Tarifarbeiter wortlosen Verhandlungen, die wir mit den Belegschaftsarbeitern, Gewerken und Maschinisten nicht erlaubt haben und wollen. Wir politischen sehen unter Anerkennung unseres Standpunktes: „Sobald in einer Tariforganisation ein geistliches Zusammenarbeiten mit den Tarifabschlüssen zum Wohle unserer gesamten Christlichen Gewerkschaftsbewegung möglich wird dies Ziel einmal erreicht werden.“

Auf dem vom Gewerksverein eingeholten Treffen geht das allerdings nicht, denn wenn man immer über die „Verbandsstrukturen“ spricht, die manchmal noch mehr Mitglieder als der Gewerksverein selber haben, dann kann es vorkommen, daß Vertreterente des Gewerkschaftsmitgliedertarif in unseren Reihen befinden mit der Versammlung, die „tarif ist“. Metallarbeiterverband ist in der Vollständigkeit begriffen“, wie es gegenüber unserem Mitglied Dagsmann in Bottrop geschehen ist, während in einem ähnlichen Fall unter Meldung Gewerkschaftsmitglieder im Bottrop dem Agitator den nächsten Sachbeschluß klagte.

Der „Bergknappe“ macht uns ferner zum Vorwurf, daß von uns ein Sondertarif und selbständige Führung von Lohnverhandlungen für die Schuharbeiter vereinbart wurden. Das ist falsch.

Wir sehen nicht an zu erklären, daß uns wohl nichts anderes möglichst wird, als die Forderung in die Tat umzusetzen, denn die Schuharbeiterverbände mit ihrer Forderung einer ethisch-idealen Industrieorganisation für den Bergbau, die sie durch einen Reichstagstagsabgeordneten erreichen wollen, zwingen uns dazu. Und längst der Gewerksverein den vom christlichen Metallarbeiterverband vorgetragenen Wünschen der Schuharbeiter nicht gerecht wird, werden wir allerdings noch vieles tun, wenn es notwendig ist, auch mit den Verbandsräten anderer Richtung, gemeinsame Verhandlungen abhalten, um die Interessen der Schuharbeiter, soweit sie gemeinsamer Natur sind, zu wahren.

Wir halten jedoch eine Verständigung über Grenzfälle, dem Tarifausbau angepaßt, für sehr wohl möglich. Was die Einhaltung des Tarifvertrages anbelangt, so möchte der Gewerksverein besonders an seine eigene Praxis klagen und uns die Schuharbeiter vereinbaren lassen, die uns gehören. Vor allen Dingen ist es schwer zu verstehen, wenn der Gewerksverein auf seinen Konferenzen schwört durchaus unbedingte Achtung zeigen und macht, wie es noch am 21. November in Gelsenkirchen ist.

Die Schuharbeiter werden aber bei objektiver und sachlicher Beurteilung von selber klar erkennen, daß ihr Weg in ihrer Tariforganisation, dem Christlichen Metallarbeiterverband ist, wie überhaupt die Christliche Gewerkschaftsbewegung durch Pflege des Tarifes gehandelt und stark geworden ist. — D. Eijen.

Kettenindustrie.

Herrn. Die Zusammenfassung der Kettenindustrie in einer besonderen Gewerkschaftsgruppe, die unter Leitung eines sozialdemokratischen Sitzes steht, hat sich über die Regelung der gesamten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kettenindustrie als sehr vorzüglich erwiesen.

Nachdem es im Mai dieses Jahres nach Bekanntmachung großer Schwierigkeiten gelungen war, einen Einheitsabschluß für die Kettenindustrie abzuschließen, ist im Laufe des Jahres es an der Bekanntmachung des Tarifvertrages erfolgreich geschieden. Viele andere Regionen wurden aus die Ausgestaltung des Schuh- und Schlichtungsbereichs gelegt. Aufgrund von der Erfahrung, daß ein sozialer Schlichtungsausschüsse infolge mangelnder Fachkenntnisse natürlich nicht in der Lage sein kann, sich in die besonderen Verhältnisse des Tarifvertrages hineinzusetzen, was die Brancheleitung besteht, betrifft die Schlichtungsausschüsse zu ermöglichen. Infolge der verschiedenartigen sozialen und ganz besonders betriebspezifischen Verhältnisse standen den Vorsitz dieser Gruppe große Schwierigkeiten entgegen. Es erwies sich als notwendig, an mehreren Orten berufliche Schlichtungsausschüsse einzurichten, um dadurch den verschiedenen Verhältnissen nach Möglichkeit gerecht zu werden. Nachdem die Angelegenheit in mehreren Konferenzen besprochen worden war, wurden dann im Einvernehmen mit übrigen Organisationen und mit dem Deutschen Kettenverband vier berufliche Schlichtungsausschüsse errichtet. Über Ereignisse, über Auslösung des Tarifvertrages, hat zu entscheiden:

1. Der soziale Schlichtungsausschuß in Herford für die Orte Herford, Gütersloh, Lemgo, Detmold, Lünen, Enger, Hohenlimburg, Dahl bei Altona und für das Salzland.
2. Der Schlichtungsausschuß in Dortmund, für Dortmund, Bochum und Duisburg.
3. Der Schlichtungsausschuß in Grönenberg für Grönenberg, Wermelskirchen, Hachen, Hövel, Langenfeld und Beckum für Unna, Arnsberg.
4. Der Schlichtungsausschuß in Mülheim (Ruhr) für Mülheim, Elsdorf, Sichtigau, Niederaußem und Rösrath.

Diese Schlichtungsausschüsse setzen sich zusammen aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitnehmern. Für jeden Sitzplatz ist ein Vertreter gewählt worden, damit nicht Fälle vorkommen, daß Sitz und Sprecher in einer Person dargestellt werden. Um ferner zu verhindern, daß jede Einzelsitzung vor dem Schlichtungsausschuß geschieden wird, wurde bestimmt, daß für etwaige Einzelsitzungen in ersten Fällen der zuständige Betriebsrat, Arbeiterrat zuständig sei. Erst dann, wenn durch den Betriebsrat keine Einigung erzielt werden kann, darf die Angelegenheit dem sozialen Schlichtungsausschuß übertragen werden.

Nach Verständigung mit den anderen Organisationen wurde die Errichtung der Schlichtungsausschüsse vorbereitet, doch in den Orten Dortmund und Herford der Ch. ist. Metallarbeiterverband, der deutsche Metallarbeiterverband und der Christlich-Demokratische Gewerksverein je einen Sitzplatz und einen Vertreter besitzen. Im Herford (Münster) besteht der Schlichtungsausschuß entsprechend den Einzelbetrieben aus je 2 Christlichen und 1 sozial organisierten Arbeitnehmernsitzern, nicht den dazugehörigen Betrieben.

Dass diese beruflichen Schlichtungsausschüsse nicht überflüssig sind, beweist die Tatsache, daß dieselben schon kurz nach ihrem Auftreten in die Zuständigkeit verlegt wurden, zu mehreren Streitlagen Stellung zu nehmen. Entstanden waren diese Streitlagen dadurch, daß es bei der regionalen Schlichtung des Eisenbahnarbeiter nicht möglich gewesen war, alle Fragen bis ins kleinste zu regeln und zu klären. An der Beurteilung dieser Auseinandersetzungen, mit denen wohl jeder ernsthaft abschließen kann, hat die Christliche Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Rolle gespielt, ebenso wie die Gewerkschaften der Christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Katalog Nr. 137 kostenlos und portofrei.

Verlag: Franz Wieber, alle in Duisburg.

Schule des Maschinentechnikers

von Ingenieur S. Herzog Preis Mk. 6.50

Maschinentechnik

Preis Mk. 12.- von Dipl.-Ing. R. Botsch Lehrer f. Maschinentechnik

Maschinenziehen

Preis Mk. 18.-

Eckartleiter, auch in Raum Leipzig, Königstr. 26.